

Interview
Vizeadmiral a. d. Kay-Achim Schönbach
Sommerfest im Zeidlerschloß
am 22.08.26

Frage: Wenn wir über ‚Wehrhaftigkeit‘ der gesamten Gesellschaft sprechen: Glauben Sie, dass Deutschland heute überhaupt noch resilient genug ist, um eine langanhaltende Krise logistisch und mental durchzustehen?

Ein ganz klares Nein. Unsere deutsche Gesellschaft ist aktuell nicht ausreichend resilient, will meinen widerstandsfähig genug, um eine Krise, sei sie militärisch oder in Form einer weiteren Pandemie durchzustehen. Wir unterscheiden bei Krisen immer noch zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Tatsächlich aber kann man im 21. Jahrhundert diese früher sauber zu trennenden Bereiche nicht mehr klar voneinander unterscheiden. Wir haben vor der letzten Pandemie, der sogenannten Corona Pandemie, gesehen, dass Behörden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene nicht in der Lage waren, die Gesellschaft ausreichend zu schützen. Damit meine ich nicht den billigen Vorwurf, dass die angesprochenen Behörden auf diese konkrete Pandemie im ausreichenden Maße hätte vorbereitet sein musste. Denn tatsächlich kann man sagen, dass man sich logistisch relativ schnell auf die neue Situation hat einstellen können. Viel entscheidender aber war die mentale und intellektuelle Krise von Teilen der Gesellschaft, vor allem aber der politischen Eliten.

Mit Blick auf militärische Bedrohungen ist nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch große Teile Europas nicht im ausreichenden Maße vorbereitet. Statistische Gegenüberstellungen militärischer Mittel auf der einen ggü. Der anderen Seite sind dabei nicht hilfreich und führen zu falschen Schlüssen. Ein böses Sprichwort ist dabei: „Statistik ist etwas für Feiglinge“. Denn obgleich vor allem Deutschland zweifelsohne viel tut für seine Rüstung, zumindest dafür viel Geld in die Hand nimmt, bleibt die militärische Rüstung und Bereitschaft weit hinter den Erwartungen zurück. Hauptgrund dafür sind die ungeeigneten Prozesse der Beschaffung, der Anwerbung von Personal und der allgemeinen Militärbükratie.

Frage: Haben Sie das Gefühl, dass die deutsche Bevölkerung heute den Ernst der sicherheitspolitischen Lage in Europa verstanden hat?

So wie früher gibt es auch heute interessierte Teile der Bevölkerung, denen der Ernst der Lage sehr wohl bewusst ist. Der andere, größere Teil der Gesellschaft lebt weiterhin sein bisheriges Leben, ohne sich tiefere Gedanken über besagten Ernst zu machen.

Aber da ich annehme, dass sie mit der Frage nach der sicherheitspolitischen Lage die

vermeintliche Bedrohung durch die Russische Föderation meinen, wird es sie nicht überraschen, dass ich hier die Lage etwas anders einschätze als sie es im Mainstream erfahren. Dabei will ich nicht falsch verstanden werden. Die Bundesrepublik Deutschland muss als souveränes Land in der Lage sein, Land und Bevölkerung und sein gesellschaftliches System, in der Allianz mit anderen, zu verteidigen. Das ist wie gesagt aktuell nicht der Fall. Dennoch muss man konstatieren, dass mittlerweile großes Engagement in die Verbesserung der Verteidigung investiert wird. Die entscheidende Frage allerdings ist, ob sich Deutschland, wie ich persönlich es empfehlen wollte, militärisch grundsätzlich so aufstellt, dass es dem Prinzip der Abschreckung gerecht wird. Die Rüstung sollte aber nicht gegen einen konkreten Gegner gerichtet sein. Auch wenn aktuell die Russische Föderation seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine von vielen als die Hauptgefahr in Europa gesehen wird, warne ich dringend von einer Dämonisierung Russlands. In der Lage zu sein, so stark im Inneren und Äußeren aufgestellt zu sein, um jeder Art von Bedrohung zu begegnen, muss die Leitlinie sein.

Frage: Aus Ihrer Erfahrung heraus: Ist ‚Kriegstüchtigkeit‘ ein rein politisches Schlagwort oder lässt sich diese Mentalität in einer modernen Armee überhaupt per Knopfdruck verordnen?

Den Begriff Kriegstüchtigkeit hatte ich schon in früheren Interviews und Podcasts als eher holprig und ungeeignet kritisiert. Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft entspricht unserer Tradition seit dem Zweiten Weltkrieg. Insofern ist besagter Begriff vor allem ein politisches Schlagwort, um die Entschlossenheit der politischen Führung zu dokumentieren. Frühere Slogans bzw. Forderungen wurden durch die Aussage “ Kämpfen können, um nicht Kämpfen zu müssen“ besser deutlich.

Auch ich habe das während meiner aktiven Zeit als Offizier in der Bundeswehr stets auf den Lippen getragen, wofür ich in manchen Medien als Kriegstreiber bezeichnet wurde. Aber egal, ob man sich im tiefsten Frieden wähnt, eine nicht neutrale Nation, insbesondere ein Land, das als Mitglied der NATO einen entscheidenden Beitrag zum Schutz des Bündnisses beizutragen hat, braucht hinsichtlich Material, Personal, Ausbildung und vor allem Mentalität eine positive Ausrichtung auf das Kämpfen-können. Für unsere Ohren des 21. Jahrhunderts in Deutschland mag das befremdlich klingen, aber der Schutz der Bevölkerung und des Landes bleibt oberste Priorität. Und das geht nur, wenn diejenigen, die in den Reihen der Streitkräfte dienen, auch mental zum Kampf in der Lage sind. Und jene, die dies anordnen und im Zweifel auch Streitkräfte ins Feld befehlen müssen mental dieser Sache gewachsen sein. Dies kann nicht verordnet werden, sondern muss gelehrt, trainiert und vorgelebt werden. Allerdings habe ich persönlich das Gefühl, dass große Teile der politischen Klasse mental und intellektuell ausgelaugt sind. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen.

Frage: Echte Kriegstüchtigkeit erfordert ein klares Mindset. Lässt sich der unbedingte Wille zur Verteidigung nach Jahrzehnten des Friedens überhaupt politisch verordnen? Welchen entscheidenden sicherheitspolitischen Rat, den sich die aktuelle politische Führung bisher nicht traut auszusprechen, würden Sie dem Verteidigungsminister heute geben?

Erstens, den politisch militärischen Komplex entflechten und der militärischen Führung, in Form eines rein militärischen Führungskommandos die Vorgaben hinsichtlich Personalmaterial und Ausbildung verantworten zu lassen.

Zweitens, intensive und rückhaltlose Verschlankung des ministeriellen Bereiches.

Drittens, Umsetzung des Prinzips „Führung aus einer Hand“. Das will meinen, die Inspektoren der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche erhalten weitgehende Autorität und Kompetenzen über ihre Bereiche.

Viertens, Außerdienststellung des Bundesamtes, dass für die Wehrbeschaffung etc. zuständig ist und Neuaufstellung eines solchen Amtes, mit neuer Führung, neuer Prozesslandschaft unter Leitung eines zivil-militärischen Führungselementes.

Fünftens, weitgehende Befreiung der Streitkräfte von zivilen Regelungen, die die militärische Nutzbarkeit von Gerät und Einheiten behindert.

Sechstens, Forderung des Bundesministers der Verteidigung zur Rückkehr der kompletten sicherheitspolitischen Verantwortung aus dem Ressort des Auswärtigen Amtes in das BMVg.

Siebtens, „Herr Minister, haben sie Vertrauen zu ihren Soldaten!“